

Die umfassende Präsenz und das zum Teil problematische Gebaren privater Militärfirmen im Konflikttherd Irak hat in jüngster Zeit die Aufmerksamkeit einer breiteren Öffentlichkeit auf einen besonders spektakulären Aspekt einer Entwicklung gelenkt, die gemeinhin mit dem Begriff der »Privatisierung« von Sicherheit umschrieben wird. Um die Prozesse der privaten Bereitstellung von Sicherheit analytisch zu erfassen, wird in der wissenschaftlichen Debatte zwischen *Top-down*-Prozessen der Delegation von sicherheitsrelevanten Funktionen an private Anbieter und *Bottom-up*-Prozessen lokaler Selbstorganisation von Sicherheit in Räumen begrenzter Staatlichkeit unterschieden – so etwa in der 2005 bei Nomos erschienenen Studie von Herbert Wulf zur *Internationalisierung und Privatisierung von Krieg und Frieden*. Die Beleuchtung dieser beiden Aspekte der »Privatisierung« von Sicherheit aus unterschiedlichen Perspektiven und anhand verschiedener Fallstudien stehen im Zentrum der vorliegenden Ausgabe von S+F.

Der einleitende Beitrag von *Sven Chojnacki* und *Željko Branović* verlagert den Schwerpunkt der Diskussion von der Entwicklung deskriptiv-analytischer Heuristiken hin zu einer erklärenden Typologie, die auf drei idealtypischen Formen der »privaten« Bereitstellung von Sicherheit in Räumen begrenzter Staatlichkeit basiert: erstens Sicherheit durch Zwang und einen gewissen Grad an Institutionalisierung und Erwartungsverlässlichkeit auf einem begrenzten Territorium (*Sicherheits-Governance*), zweitens selbst organisierte Sicherheit meist als Reaktion auf andauernde Überfälle durch rivalisierende Gewaltakteure (*Self-Governance*) und drittens die Delegation von Sicherheitsleistungen durch staatliche oder nichtstaatliche Akteure an den Privatsektor als Spezialfall (kommerzialisierter Sicherheit). Die Autoren schlagen vor, den Begriff der Privatisierung von Sicherheit lediglich dort zu verwenden, wo staatliche Akteure gezielt Teile der staatlichen Gewaltkontrolle an nichtstaatliche delegieren oder abgeben.

Der nachfolgende Beitrag von *Kristina Eichhorst* thematisiert im Rahmen des weiten Begriffs der Privatisierung von Sicherheit den »richtigen« Umgang mit staatlichen und nichtstaatlichen Gewaltakteuren, die in Friedensprozessen als Störenfriede (*spoilers*) auftreten. Am Beispiel Sri Lankas wird aufgezeigt, dass die Herausforderung für die internationale Gemeinschaft darin besteht, erstens die Ziele und den Durchsetzungswillen des jeweiligen Störenfrieds (*limited, greedy, total*) korrekt zu beurteilen, zweitens die dem jeweiligen Typus von Störenfried am besten angepassten Strategien zur Einbindung bzw. Neutralisierung zu wählen (*inducement, socialisation, coercion*) und drittens genügend Flexibilität aufzubringen, um die Strategie anzupassen bzw. zu wechseln, falls der Störenfried im Rahmen eines Friedensprozesses seinen Charakter ändert.

Der Beitrag von *Ulrike Joras* beleuchtet eine weitere Facette des Begriffs der Privatisierung von Sicherheit, indem am Beispiel Guatemalas die Rolle des Privatsektors im Friedensprozess untersucht wird. Nachdem lange der negative Einfluss privater Wirtschaftsunternehmen auf das Konfliktgeschehen im Zentrum der einschlägigen wissenschaftlichen und politischen Diskussion gestanden hatte (Beispiel: Blutdiamanten), hat sich in letzter Zeit die Debatte stärker auf den potenziellen Beitrag des Privatsektors zur Konfliktprävention und Konflikttransformation fokussiert. Das Beispiel Guatemalas zeigt

nun aber, dass das Interesse des Privatsektors eines Landes an einer Fortsetzung des Konflikts durchaus dasjenige an einer Konfliktregelung überwiegen kann. Zudem wird an diesem Fallbeispiel deutlich, dass die oft sehr unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Wirtschaftssektoren in Rechnung zu stellen sind.

Der Beitrag von *James W. Davis* führt in das relativ junge Forschungsfeld Sicherheitswirtschaft ein und spricht damit die im Zuge der Globalisierung an Bedeutung gewinnende Schnittstelle der Bereiche Sicherheit, Wirtschaft und Technologie an. In diesem Zusammenhang wird auf eine doppelte Herausforderung hingewiesen: Zum einen wird die Trennlinie zwischen den Bereichen des privaten und öffentlichen Managements einerseits und der Sicherheitspolitik und Wirtschaftspolitik andererseits zunehmend perforiert; zum anderen wächst gleichzeitig der Einfluss der Privatwirtschaft auf die Bereitstellung von Sicherheit – nicht nur durch die Zunahme privater Sicherheitsfirmen, sondern auch durch Unternehmensfusionen, Zusammenschlüsse und Technologiekoooperationen.

Die beiden nachfolgenden Beiträge thematisieren die Privatisierung von Sicherheit im engeren Sinn, d.h. die Auslagerung staatlicher Aufgaben im Bereich der Bereitstellung von Sicherheit an private Organisationen (*Outsourcing*). *Gerhard Kümmer* beschreibt die Branche der privaten Sicherheits- und Militärunternehmen als ambivalentes Phänomen, zumal der Einsatz solcher Firmen sowohl der konstruktiven Konfliktbearbeitung förderlich sein als auch konfliktintensivierend wirken kann. Weil diese Branche zwischenzeitlich zu einem tendenziell weiter wachsenden integralen Bestandteil des internationalen Konfliktgeschehens geworden ist, rät der Verfasser zur Entwicklung geeigneter Strategien kluger Steuerung.

Der Irakkrieg hat den Markt für private Sicherheitsdienstleister aufgebläht, und es kommt deshalb nicht von ungefähr, dass diese Branche bereits nach neuen Märkten Ausschau hält, wobei die Beteiligung an internationalen Friedensmissionen im Brennpunkt des Interesses steht. In ihrem Beitrag wägt *Annina Bürgin* die Argumente für und gegen die Beteiligung privater Militärfirmen an internationalen Friedensmissionen gegeneinander ab. Dabei kommt sie zum Schluss, dass ein entscheidendes Argument gegen das Engagement von solchen Firmen generell die oft inexistenten oder unzureichenden Monitoring- und Kontrollmechanismen sind. Wie der vorangehende mündet auch dieser Beitrag in die Forderung nach einer wirksamen Regulierung der Branche privater Sicherheitsdienstleister.

Im »Forum« befasst sich *Anne Hinz* mit den Herausforderungen, die ideelle Faktoren an die europäischen *critical security studies* darstellen. *Constanze Scheel* hinterfragt die Theorie des demokratischen Friedens mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen mit dem Beispiel Irak.

Die nächste Ausgabe von S+F wird sich im Schwerpunkt mit dem Thema »Maritime Sicherheit« beschäftigen.

Heiner Hänggi